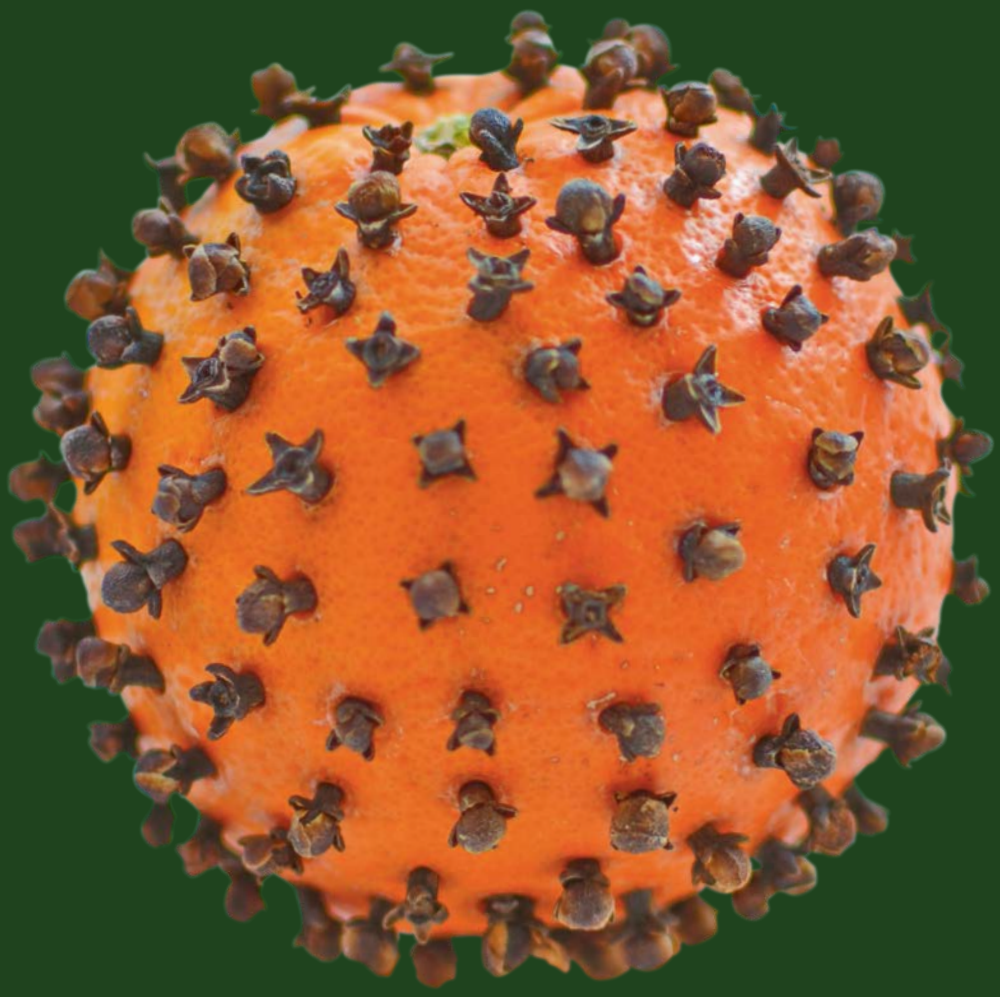
4.2020

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN



Das Corona-Jahr 2020

Ein Jahresrückblick

DIE BESETZUNG DER DETE UND DAS FALSCHE SIGNAL

ARMUTSQUOTE AUF HISTORISCHEM HÖCHSTSTAND

BREMERHAVEN KANN SCHWANGERE WIEDER BESSER BERATEN

CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Ausguck:

4.2020

Aus dem Parlament

Besetzung der Dete **3**

Armutsquote auf historischem Höchststand **3**

Verwahrlosung in der Feuerwache **3**

Thema

Der Corona-Jahresrückblick **4**

Corona und die Pflege
Bürokratie statt schneller Hilfen **5**

Corona und die Bildung
Leere statt Lehre **6**

Corona und die Wirtschaft
Richtig investieren statt Löcher stopfen **8**

Corona in Kultur und Klima
Stillstand statt Systemrelevanz **10**

Corona in Bremerhaven
Wegen Überlastung geschlossen **11**

Aus der Fraktion

Frohe Weihnachten! **12**

3

6

12

Besetzung der Dete

Die Sache ist:

Marco Lübke, innenpolitischer Sprecher
(luebke@cdu-bremen.de)

Anfang Oktober haben Aktivistinnen ein leerstehendes Haus – die sogenannte „Dete“ – in der Bremer Neustadt besetzt. Die Polizei hatte drei Tage lang nicht eingegriffen, der linke Abgeordnete Olaf Zimmer rief in den sozialen Netzwerken und via Youtube dazu auf, sich der Besetzung anzuschließen. Die Polizei konnte mangels Personal drei Tage lang nicht eingreifen, schließlich zog der Besitzer seine Anzeige zurück und nahm die Regierungsparteien in die Pflicht, sich zu kümmern. Das Ergebnis ist, dass die Aktivistinnen nun gratis Strom und Wasser sowie ein begrenztes Wohnrecht bekommen sollen.

Die Meinung ist:

„Die Dete steht symbolisch für die Gesinnungspolitik, die in dieser Stadt betrieben wird. Unzählige gemeinnützige Gruppen suchen nach Räumen und Finanzierungsmöglichkeiten, dafür sind die Mittel in Bremen schon immer begrenzt. Wer sich aber strafbar macht und den Rechtsstaat ablehnt, wird unterstützt – ist das das Signal, das von dieser Regierung ausgehen soll? Zudem ist nicht hinnehmbar, dass die Polizei nicht dafür ausgestattet ist, ein von einer Hand voll Aktivistinnen besetztes Haus zu räumen.“
Die CDU-Fraktion hat daher für die letzte Stadtbürgerschaft des Jahres eine Aktuelle Stunde zum Thema „Hausbesetzung, Bürgersteigblockade und Dialog mit Anarchistinnen - wie hält es der rot-rot-grüne Senat mit der Rechtsstaatlichkeit?“ eingereicht.

Armutsquote auf historischem Höchststand

Die Sache ist:

Ende November erscheint der aktuelle Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die erschreckenden Zahlen: Die Armutsquote liegt für das Jahr 2019 im Land Bremen bei 24,9 Prozent – weit abgeschlagen vom Bundesdurchschnitt mit 15,9 Prozent. Besonders betroffen sind Kinder unter 18 Jahren: Mit 42,2 Prozent ist fast jedes zweite Kind in Bremen also arm oder von Armut bedroht.

Die Meinung ist:

Das sind beschämende Werte, die weit abgeschlagen von anderen Bundesländern liegen. Dazu kommt eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft, die belegt, dass fast jeder fünfte Bremer im Alter von 25 bis 64 keinen Schulabschluss hat. Die Chancen, sich selbst aus der Armut zu helfen, sind aufgrund fehlender Qualifikationen vielfach nicht vorhanden. Daraus leitet sich ein klarer Auftrag ab: Wir müssen Menschen in Arbeit bringen und sie zur Arbeitsleistung befähigen. Die Fraktion hat daher noch im Dezember einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, in dem sie die Vorlage des 3. Armutsberichts fordert, um die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen überprüfen zu können. Zudem soll die Armut in Bremen bis 2025 mindestens auf den Bundesdurchschnitt zu senken.

Carsten Meyer-Heder, wirtschaftspolitischer Sprecher
(meyer-heder@cdu-bremen.de)

Verwahrlosung in der Feuerwache

Die Sache ist:

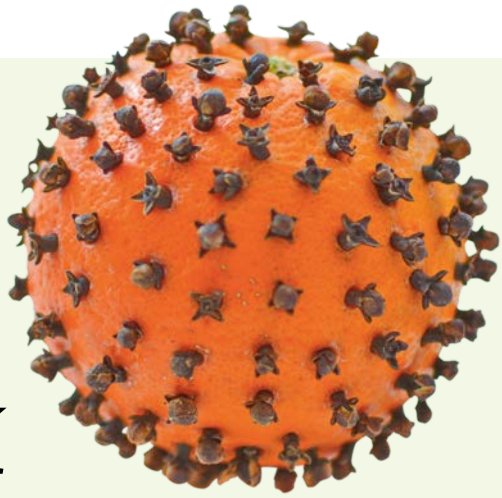
Im November erhoben zwei ehemalige Mitarbeiter der intensivpädagogischen Wohngruppe Feuerwache in Hemelingen schwere Vorwürfe gegen den Betreiber, die Initiative für Kinder, Jugendliche und Familien (IKJF). Die Jugendlichen gehen nicht mehr zur Schule, nehmen Drogen, sammeln Zigarettenstummel und stopfen die Reste zu neuen Kippen – alles unter den Augen der Betreuer. Als ein Zehnjähriger, der trotz seines Alters in der Feuerwache untergebracht wurde, sich weigert, in die Einrichtung zurückzukehren, wenden sich die Betroffenen an die kinderpolitische Sprecherin Sandra Ahrens.

Sandra Ahrens, kinderpolitische Sprecherin
(ahrens@cdu-bremen.de)

Die Meinung ist:

„Mir liegen Bilder und Berichte aus der Feuerwache vor, die absolut erschütternd sind. Und das, obwohl die Behörde offenbar bereits seit Juli informiert war. Seitdem ist nichts passiert, keine Überprüfung der Zustände, keine Befragung der Kinder. Lediglich zwei angekündigte Kontrollen wurden vollzogen, während denen die Kinder noch nicht einmal anwesend waren. Wir haben deshalb eine umfangreiche Berichtsbitte eingereicht, die völlig unzureichend beantwortet wurde. Wir arbeiten weiter an einer lückenlosen Aufklärung, damit die Kinder und ihre Familien dieser pädagogischen Willkür nicht mehr ausgesetzt werden.“

Der Corona-Jahresrückblick



Das gesellschaftliche Leben hat sich verändert, und mit ihm die Politik: Viele Entscheidungen müssen viel schneller getroffen werden, andere werden immer weiter geschoben. Wir zeigen einen Jahresrückblick über Vorschläge und Kritik, die die Abgeordneten seit März eingebracht haben. Vieles bleibt hochaktuell.

27. Januar 2020. Das war der Tag, an dem das Virus nach Deutschland kam. Einen Monat später erreichte es Bremen. Im März schlossen die Geschäfte, die Friseure und Fitnessstudios, die Schulen und Kindergärten. Der erste Lockdown traf die Menschen unvorbereitet und hart, Bundesgesundheitsminister Spahn sagte vorausschauend: „Wir werden einander verzeihen müssen."

Im Sommer dann ein wenig Aufatmen: Nach den harten Einschnitten und dem Osterfest ohne Familientreffen sanken die Infektionszahlen. Sogar Urlaub war vor allem innerhalb Europas möglich. Doch schon jetzt machten viele Wissenschaftler auf eine mögliche zweite Welle aufmerksam, mahnten an, Vorbereitungen zu treffen. Sie sollten Recht behalten.

Im Oktober stiegen die Zahlen dramatisch an, seit November leben wir wieder im Teil-Lockdown. Doch im Umgang mit der Pandemie gibt es deutliche Veränderungen: Dieses Mal bleiben vor allem Kitas und Schulen geöffnet, Kindern und Jugendlichen soll soziale Teilhabe und Bildung nicht noch einmal auf so drastische Weise genommen werden. Doch es bleibt ein Problem: Immer wieder gehen ganze Klassenzüge und Schulen in Quarantäne und erhalten in dieser Zeit weder das eine noch das andere. Deshalb hat die Fraktion noch kurz vor Jahresende einen Antrag eingereicht, der auf mehr Verlässlichkeit in der Bildung abzielt (mehr dazu auf S. 7).

Der Winter hat gerade erst begonnen und die Infektionszahlen spiegeln wider, dass sich die Menschen vor allem in geschlossenen Räumen aufhalten. So entbrennt zum Jahresende eine erneute Diskussion darüber, bis wann welche Maßnahmen gelten müssen und wann man sie verschärfen sollte. Die Haltung der Fraktion ist: Wenn die Zahlen wieder steigen, müssen kurzfristige Änderungen der Regeln möglich sein – auch wenn das allen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin viel abverlangen wird. Wir stehen hinter der Kanzlerin, die Weihnachten in der Familie ermöglichen will. Doch da das Virus keine Feiertage kennt, kann sich das für Silvester auch wieder ändern. Grundsätzlich aber gilt ohnehin: Es ist unser Verhalten, das für jeden Tag in dieser Pandemie entscheidend ist. Wir können selbst dafür sorgen, dass Infektionsketten nachvollziehbar bleiben – indem wir weiterhin Abstand halten, Hygieneregeln einhalten und die Corona-WarnApp nutzen.

Zur Neige des Corona-Jahres zeigt die CDU-Bürgerschaftsfraktion auf den folgenden Seiten noch einmal, welche Vorschläge und Anträge sie in den letzten Monaten eingebracht hat, um die verschiedensten von Corona getroffenen Menschen und Branchen zu unterstützen. Eine Corona-Chronik aus Sicht der CDU.

Bürokratie statt schneller Hilfen

Träge, unflexibel, ideenlos – so stellte sich Rot-Rot-Grün zu Beginn der Pandemie vor allem in Bezug auf die Pflege dar. Wochenlang wurde ein hartes Besuchsverbot verhängt, wo für Heimbewohner jeder Tag zählte. Die sozialpolitische Sprecherin Sigrid Grönert wurde nicht müde, den Senat mit deutlicher Kritik vor sich herzutreiben.

13. Januar

Schon vor Beginn der Pandemie hat das Land Bremen große Defizite bei den Kontrollen von Pflegeheimen. In zwei von 190 Einrichtungen fanden 2019 qualitätssichernde Regelprüfungen statt. Dagegen stieg die Anzahl von anlassbezogenen Prüfungen, die aufgrund von Beschwerden eingeleitet wurden, auf 220 an. „Reaktionen auf akute Hilferufe aus den Heimen ersetzen nicht die Regelprüfungen“, erklärt Grönert. Sie fordert, diese Missstände sofort abzustellen – was im ganzen Jahr nicht mehr passieren wird.

21. April

Die Türen der bremischen Pflegeheime sind verschlossener als in anderen Bundesländern. In einem Brief an Bürgermeister Andreas Bovenschulte machen Sigrid Grönert und der Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp ihre Sorge um die Bewohner deutlich: „Pflegeheime dürfen nicht isoliert werden.“ Sie fordern eine Änderung der Besuchsregeln, wie sie im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz am 15. April beschrieben wurden.

7. Mai

Besuche in Bremer Pflegeeinrichtungen sind immer noch untersagt. Anlässlich des Muttertags fordert Grönert, Besuche endlich wieder zu ermöglichen und den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz sofort umzusetzen.

12. Mai

Sigrid Grönert kritisiert die mangelnde Unterstützung der Alten- und Pflegeheime bei der Umsetzung der Coronaschutzmaßnahmen. Dazu brauche es neben konkreten Handlungsanweisungen auch entsprechende Unterstützung für das Pflegepersonal seitens des Senats. Dabei könnte eine funktionierende Heimaufsicht helfen, die Grönert seit Monaten fordert.

24. Juli

Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin (groenert@cdu-bremen.de)

Die Infektionszahlen sinken stetig, Besuchsverbote für Krankenhäuser und Pflegeheime jedoch bleiben. Grönert fordert, Besuchsverbote aufzuheben und sie durch passgenaue und individuelle Schutz- und Hygienekonzepte zu ersetzen, die am aktuellen Infektionsgeschehen ausgerichtet sind.

29. Juli

Schließlich werden die Besuchsregeln in Pflegeheimen gelockert. Unverständlich bleibt, warum der Beschluss erst zwei Wochen später in Kraft treten soll, Grönert fordert die sofortige Umsetzung. Besuche in Krankenhäusern bleiben weiterhin verboten – in allen anderen Bundesländern ist das schon längst möglich.

29. September

Bremens Pflegepersonal arbeitet durch Corona noch stärker an Belastungsgrenzen. Die CDU reicht einen Antrag zur Flexibilisierung der Präsenzquote ein, um Personal besser steuern zu können. Sigrid Grönert fordert eine menschenwürdige und zugewandte Versorgung bei angemessener Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse. „Das Wohn- und Betreuungsgesetz und die dazugehörige Personalordnung müssen auf den Prüfstand“, so Grönert.

5. November

Mit Blick auf das Jahresende fordert Sigrid Grönert auch in der Deputationssitzung wiederholt, dass die Pflegeheime im Pandemie-Winter geöffnet bleiben. Auch den alten und pflegebedürftigen Menschen dürfe der Zugang zu sozialer Teilhabe und ihren Angehörigen nicht versagt werden.

Leere statt Lehre

Neun Monate hin und her, auf und ab, zuhause und in der Schule liegen hinter Bremens Kindern und Jugendlichen, Lehrkräften und Eltern. „Wichtige Entscheidungen kamen zu spät“, urteilt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Yvonne Averwerser. „Und oftmals war es nur die Entscheidung darüber, dass andere entscheiden sollen.“ Vor allem Schulleitungen und Lehrkräfte brachte das unter Druck, zum Jahresende auch die Eltern. Eine Chronik.

17. März

Schulen sind geschlossen, Kinder werden auf unterschiedlichste Art mit Lehrmaterialien versorgt. Yvonne Averwerser fordert, Lehrkräfte mit Endgeräten auszustatten und auf die Nutzung der digitalen Lernplattform „itslearning“ vorzubereiten, über deren Zugang Bremen bereits seit 2014 verfügt - bisher aber kam sie praktisch nicht zur Erprobung geschweige denn zum Einsatz.

8. April

Averwerser fordert, Lehrerinnen und Lehrer zu verpflichten, „itslearning“ zu nutzen, um zu einem einheitlichen Unterrichtskonzept zurückkehren zu können. Im Zuge dessen stellt sich heraus, dass die Dienstvereinbarung im Land Bremen für Lehrer in Sachen Digitalisierung lediglich vorsieht, dass Lehrkräfte einmal pro Woche ihre Emails „zur Kenntnis nehmen“.

16. April

Nachdem die Schulen auch zum Ende der Osterferien nicht öffnen, fordert Averwerser die Sanierung der Schulen, die mangels überholter sanitärer Anlagen oder anderen Sanierungsstaus nicht gewährleisten können, dass Hygieneregeln eingehalten werden können.

23. April

Die Schulen sollen nun öffnen, doch Hygienekonzepte gibt es nicht. Averwerser fordert klare Vorgaben seitens der Behörde und eine Maskenpflicht für alle Schülerinnen und Schüler auch im Unterricht.

12. Mai

Noch immer gibt es keine digitalen Unterrichtskonzepte, die Bildung hängt am Engagement und Know-How der jeweiligen Lehrkräfte, die wiederum vielfach von der Unterstützung durch die Behörde abhängig sind.

11. Juni

Die Sommerferien rücken näher, Yvonne Averwerser fordert Lerncamps und andere Ferienangebote, um Unterrichtsausfall aufzuholen und abgehängten Schülerinnen und Schülern den Wiederanschluss an den Unterrichtsstoff zu ermöglichen. Zudem bekräftigt sie die Forderung, „itslearning“ verpflichtend zu nutzen – die entsprechende Dienstvereinbarung ist bis heute nicht geändert.

1. Juli

Senatorin Bogedan hat ein Papier vorgelegt, dass die Gestaltung des zukünftigen Unterrichts beschreiben soll. „Gestaltet wird aber nichts“, so Averwerser. Es gibt keine Informationen dazu, wie der Distanzunterricht schulartspezifisch ausgestaltet werden soll, wann die versprochenen Endgeräte bei Schülerinnen und Schülern oder Lehrkräften ankommen oder wie die Personengruppen zur Nutzung befähigt werden. Die Nachbarländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird in der darauffolgen Woche Distanzunterricht im Stundenplan hinterlegt, wenn nötig und möglich auch am Nachmittag. In Bremen scheint das nicht möglich.

Lockdown im Frühling: Die Schulen waren vier Wochen lang geschlossen. Yvonne Averwerser (averwerser@cdu-bremen.de) bestaunt Ende April die Kreativität der Bremer Schulen in Sachen Hygieneregeln.

Lockdown im Winter: Yvonne Averwerser besucht die nach wie vor geöffneten Schulen, fordert aber Halbgruppenunterricht ab Klasse 7. Höhere Klassen haben bereits rebelliert und sich damit selbständig durchgesetzt.

19. August

Averwerser fordert eine zweiwöchige allgemeine Maskenpflicht in Schulen, um vor Infektionen aufgrund von Reiserückkehrern zu schützen. Darüber hinaus hält sie in Vorbereitung auf den Herbst eine Mund-Nasen-Bedeckung längerfristig überall da für sinnvoll, wo Abstände nicht eingehalten werden können.

25. August

Drei Tage vor Ende der Sommerferien werden die Schulen über ein neues Belüftungskonzept informiert. Wer eine Belüftungsanlage brauche, solle sich melden. Yvonne Averwerser meint: „Dazu hätte man die Sommerferien nutzen können. Das ist eine Zumutung!“

30. Oktober

Die zweite Corona-Welle ist im Anmarsch. Digitale Endgeräte wurden inzwischen von Senatorin Bogedan an Lehrkräfte und einige Schulen verteilt, doch eine geänderte Dienstvereinbarung für eine verpflichtende Nutzung dieser Endgeräte und der Lernplattform „itslearning“ gibt es auch ein halbes Jahr nach Averwersers erster Forderung dazu nicht.

10. November

Bremen steht an der Spitze des bundesweiten Infektionsgeschehens, zum dritten Mal in diesem Jahr fordert Averwerser daher eine Maskenpflicht in Schulen. Kurze Zeit später wird sie vom Bund verordnet. Außerdem schlägt Averwerser Halbgruppen ab der Sekundarstufe vor, was auch die Lehrergewerkschaft teilt. Parallel aber wird klar: Bremerhaven verfügt noch immer nicht über die entsprechenden Endgeräte, damit die Schülerinnen und Schüler in einen Hybridunterricht übergehen können.

17. November

Die Fraktion reicht einen Dringlichkeitsantrag in die Bürgerschaft ein, um den Eigen- und Fremdschutz an den Schulen Bremens auszuweiten. Vorgeschlagen werden Maßnahmen wie die allgemeine Maskenpflicht und einem zweiwöchigen Unterricht in Halbgruppen ab Klasse 7, wenn bestimmte Inzidenzwerte überschritten werden. Außerdem soll der Senat prüfen, ob kurzfristig weitere Räumlichkeiten in der Stadt für zusätzlichen Unterricht genutzt werden und die Ferien im Land Bremen vorzeitig beginnen können. Der Antrag wird erwartungsgemäß abgelehnt.

27. November

Die CDU-Fraktion kritisiert den Bremer Sonderweg in Sachen Bildung: Während andere Bundesländer die Ferien zwei Tage früher beginnen lassen, hebt Bremen die Schulpflicht auf und wälzt die Verantwortung für eine Entscheidung auf Eltern und Jugendliche ab. „Das ist die denkbar schlechteste Lösung“, urteilt Averwerser zum Jahresende. „Bis heute gibt es kein flächendeckendes Konzept dazu, wie Unterricht in Pandemie-Zeiten langfristig garantiert werden kann. Derzeit werden täglich Klassenzüge und Kohorten in Quarantäne geschickt und erhalten damit zwei Wochen lang oftmals gar keinen Unterricht mehr. Für viele Kinder und Jugendliche bedeutet das Leere statt Lehre. Verantwortung sieht anders aus.“

Richtig investieren statt Löcher stopfen

2020 ist das Jahr der Haushaltsverhandlungen. Erst reicht die haushaltsfreie Zeit vom letzten Jahr bis in den Sommer hinein, dann müssen Corona-Gelder vom Bund verteilt werden und schließlich geht es um 1,2 Milliarden Euro – den Bremen-Fonds. Aber wie ausgeben? Die CDU-Fraktion kämpft für die schnelle Auszahlung der Soforthilfen und liefert konkrete Ideen.

30. März

Der Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp und der wirtschaftspolitische Sprecher Carsten Meyer-Heder wenden sich schriftlich an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus mit der Bitte, sich für eine Verbesserung der Konditionen bei den Corona-Hilfen der KfW einzusetzen. Bisher müssen Unternehmen einen Teil des Kreditrisikos selbst tragen. Meyer-Heder und Röwekamp fordern den Verzicht auf Bereitstellungsprovisionen und Vorfälligkeitsentschädigungen sowie die Aufstockung der Haftungsübernahme bei kleineren Kreditbeträgen auf 100 Prozent - eine Forderung, die mit dem KfW-Schnellkredit erfüllt wurde.

Heiko Strohmann, Sprecher für Stadtentwicklung (strohmann@cdu-bremen.de)

15. April

Die Bearbeitung der Corona-Soforthilfeanträge in Bremen verläuft extrem schleppend, Carsten Meyer-Heder übt scharfe Kritik an Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt. „Soforthilfen ergeben nur sofort Sinn“, so Meyer-Heder. „Der Senat macht sich mitschuldig an vielen Unternehmenspleiten, die das Land Bremen in den nächsten Wochen erleben wird.“

23. Juni

Ein Viertel der Legislaturperiode ist bereits vorüber, endlich soll der Haushalt 2020 beschlossen werden. Leider aber so spät, dass nun die Folgen der Corona-Pandemie nicht planbar sind und mit einem Nachtragshaushalt gerechnet werden muss. Carsten Meyer-Heder und Jens Eckhoff legen die Kritik und einen eigenen Haushaltsentwurf in einer gemeinsamen Pressekonferenz vor. Schwerpunkte: Bildung, Klimaschutz, Mobilität und bezahlbarer Wohnraum in den wachsenden Städten Bremen und Bremerhaven und Sicherheit.

Pressekonferenz im Leerstand: Heiko Strohmann und Carsten Meyer-Heder stellen das Positionspapier zur Innenstadtentwicklung in einem leerstehenden Ladenlokal in der Obernstraße vor.

Das Video zum Haushaltsentwurf der CDU Fraktion sehen Sie auf: https://bit.ly/3noeCPa

9. September

Die Corona-Krise hinterlässt Spuren in der Bremer Innenstadt: Glasfassaden sind verklebt, immer mehr Geschäfte geschlossen. Carsten Meyer-Heder und Heiko Strohmann, der Fraktionssprecher für Mobilität und Stadtentwicklung, legen ein Positionspapier zur Entwicklung der Innenstadt vor – nicht zuletzt als Gegenentwurf zum Aktionsprogramm des Senats. Meyer-Heder betont, dass es innovative Ideen braucht und die Haltung, Investoren willkommen zu heißen. Strohmann skizziert die wichtigsten Details: Die Entwicklung des Domshofs, den Ringschluss durch Wall- und Martinistraße als Grenze für Auto- und Radfahrer und eine diverse Vorschläge, um mehr Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen.

Das Video zum „Positionspapier für eine lebendige und grüne Innenstadt“ der CDU Fraktion sehen Sie auf: https://bit.ly/2LnjTCz

6. Oktober

Um zu prüfen, was genau aus dem Bremen-Fonds zu bezahlen sein wird, hatte der Senat im Juli zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Diese bestätigen nun die Linie der CDU-Fraktion: Die aus dem Fonds finanzierten Projekte müssen einen klaren Corona-Bezug aufweisen. „Das ist eine klare Absage an linke Spielereien“, resümiert der Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp. „Das engstirnige Denken in Ressortegoismen ohne jegliche Absprache oder Strategie muss jetzt aufhören. Alle an einen Tisch, Prioritäten setzen, loslegen – und das so schnell wie möglich!“ Schließlich stehe man auch unmittelbar vor der Haushaltsaufstellung für 2021, in die dann ein zweiter Kreditrahmen für den Bremen-Fonds eingestellt werden müsste.

8. Oktober

Die Bremische Bürgerschaft diskutiert den, von der CDU gemeinsam mit der FDP eingebrachten Antrag „First in – Last out“ zur Unterstützung der durch die Corona-Krise gebeutelten Veranstaltungswirtschaft aus Mitteln des „Bremen-Fonds“. Die beiden Fraktionen fordern darin u.a. ein Landesprogramm, aus dem auch ein (fiktiver) Unternehmerlohn erstattet wird. Außerdem soll es einen „Risiko-Fonds“ geben, der Voraus- und Anzahlungen für Veranstaltungen vorschießt und einspringt, wenn die Veranstaltung aufgrund von Corona-Verfügungen doch abgesagt werden muss. Auch sollen Veranstaltungsräume v.a. für die Clubszene über die Pandemie hinweg erhalten bleiben. Der Antrag findet keine Mehrheit.

11. November

Rund 112.000 Menschen waren im Land Bremen bis zu diesem Zeitpunkt in Kurzarbeit – etwa 40 Prozent aller Beschäftigten. Um Unternehmen und Arbeitsplätze zu halten, legen Carsten Meyer-Heder und Jens Eckhoff ein Positionspapier zum Bremen-Fonds vor. Die Schwerpunkte sind die Digitalisierung und Sanierung von Schulen, um Hybridunterricht und die Einhaltung von Hygieneregeln gewährleisten zu können. Zudem soll in digitale und klimafreundliche Zukunftstechnologien investiert werden, um mit einem technologischen Vorsprung aus der Krise zu kommen. Und schließlich müssen Krankenhäuser und Pflegeheime gestärkt werden – keine andere Krise zuvor hat diese Notwendigkeit so deutlich gezeigt.

Jens Eckhoff, finanzpolitischer Sprecher (eckhoff@cdu-bremen.de)

Den Mitschnitt der Pressekonferenz zum Bremen-Fonds finden Sie auf: https://bit.ly/2VX1H4H

Stillstand statt Systemrelevanz

Die Kultur- und Veranstaltungsszene ist einer der großen Verlierer der Pandemie. Und auch das vorher omnipräsente Thema Klimaschutz rückte weit in den Hintergrund. Doch der kulturpolitische Sprechern Claas Rohmeyer und der klimapolitische Sprecher Martin Michalik wurden nicht müde, auf Misstände hinzuweisen und an Lösungen zu arbeiten.

Mit dem Lockdown im März steht die komplette Kulturbranche still. Unter dem Hashtag #BremerKulturSofa startet Claas Rohmeyer im Netz eine Aktion zur Unterstützung der Bremer Szene. Vom 1. April bis zum 9. Mai postet er täglich einen Kulturort in Bremen und Bremerhaven, der sein Angebot digital zur Verfügung stellt. Zudem besucht er wöchentlich betroffene Einrichtungen, holt sich Erfahrungen und Meinungen ein, horcht nach Gefühlslagen, wo es bei den Hilfen hakt und was auch gut läuft. Ob Belladonna, Weserburg, Stadtbibliothek, Kunsthalle, Gerd Marcks Haus, Clubverstärker oder Shakespeare Company - die Szene gibt sich kämpferisch und entwickelt immer neue Formate.

Der kulturpolitische Sprecher Claas Rohmeyer (rohmeyer@cdu-bremen.de) initiiert die Social Media-Kampagne #BremerSofaKultur, um auf das digitale Angebot der Kulturszene im Land Bremen aufmerksam zu machen.

Claas Rohmeyer (rohmeyer@cdu-bremen.de) besucht betroffene Einrichtungen, holt sich Erfahrungen und Meinungen ein, horcht nach Gefühlslagen, wo es bei den Hilfen hakt und was auch gut läuft: Belladonna, Weserburg, Stadtbibliothek, Kunsthalle, Gerd Marcks Haus, Clubverstärker und Shakespeare Company u.a. Die Szene gibt sich kämpferisch und entwickelt immer neue Formate.

Für den klimapolitischen Sprecher Martin Michalik (michalik@cdu-bremen.de) ist das Klima mehr als systemrelevant.

Während das Thema Klimaschutz aus den Medien verschwand, war es für Martin Michalik weiterhin relevant. Im März beschlossen die Fraktion und der Landesverband der CDU Bremen auf ihrer gemeinsamen Klausurtagung den Entwurf ihrer eigenen Klimaschutzstrategie, die in einem breiten Beteiligungsprozess im Frühling und Sommer 2020 weiterentwickelt wurde. Gleichzeitig leitet Michalik die erste Bremer Enquete-Kommission zum Thema Klimaschutz seit Frühjahr dieses Jahres. Unter seinem Vorsitz wurden thematische Arbeitsgruppen gebildet und Themen wie die Dekarbonisierung von Energie- und Abfallwirtschaft, Industrie und Wirtschaft, des Gebäude- und Verkehrssektors sowie Fragen der Stadtentwicklung öffentlich behandelt. Corona konnte dieser Arbeit nichts anhaben, auch mit vielen Teilnehmern konnte sowohl in Präsenz als auch Online getagt werden. Im Frühjahr 2020 soll es einen ersten Zwischenbericht über die Arbeit der Enquete-Kommission geben, die Arbeit dazu läuft auf Hochtouren.

Wegen Überlastung geschlossen

Mit der Überschrift „Keine Termine mehr frei vor der Geburt – die Beratungsstelle muss wegen Überlastung Frauen abweisen!“ setzt die Caritas-Beratungsstelle in Bremerhaven im September einen Hilferuf ab. Die Sprecherin für Frauen und Gleichberechtigung Sina Dertwinkel sorgt in der Bürgerschaft für Entlastung.

Sie muss Schwangere in Notlagen abweisen, die Beratung, Unterstützung und Begleitung dringend benötigt hätten – die Caritas-Beratungsstelle in Bremerhaven ist im September am Ende ihrer Kapazitäten. Nicht, weil es plötzlich so viele schwangere Frauen gibt, sondern: Der Senat war seinem gesetzlichen Auftrag nicht nachgekommen. Er hatte die 80-prozentige Förderung, auf die diese Beratungsstellen angewiesen sind, nicht sichergestellt.

Im Verlauf der Gespräche, die die Bremerhavener Abgeordnete Sina Dertwinkel mit Beratungsstellen und Betroffenen führt, wird klar: Das Problem spitzt sich

Keine Termine mehr frei vor der Geburt!

Die Beratungsstelle für Schwangere des Caritasverbandes muss wegen Überlastung Frauen abweisen

Bis zu 200 schwangere Frauen im Jahr können keinen Termin in der Beratungsstelle des Caritasverbandes bekommen. Dadurch erhalten die Schwangeren u.a. auch finanzielle Hilfen des Bundes nicht. Sie werden in ihrer Not allein gelassen und es fehlt ihnen das Geld für die notwendigen Anschaffungen. Als Nebeneffekt gingen Bremerhaven seit 2017 über 100.000 € an Kaufkraft verloren und jedes Jahr werden es weitere 50.000 sein. Nach einer Lösung wird gesucht.

„Wir sind randvoll, vergeben jetzt schon Termine für Juni. Es macht Bauchschmerzen, immer wieder Frauen sagen zu müssen, dass wir ihnen keinen Termin geben können“, sagt Birgit Klaukien, Leiterin der Caritas-Beratungsstelle für Schwangere und Familien in Bremerhaven. Aber alle Termine sind über Monate hinaus ausgebucht. Wenn die Frauen dann endlich zum Beratungsgespräch kommen, sind sie meist hochschwanger. Manche haben sogar ihr Kind schon bekommen. „Eine Frau kam mit ihrem Neugeborenen zum Termin. Sie hatte lange gerungen, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen und hätte dringend schon viel früher eine intensive Begleitung gebraucht.“

2019 wurden über 400 schwangere Frauen bei der Caritas in Bremerhaven beraten. Mehr geht nicht, da nur eine ½ Stelle vom Land Bremen finanziert wird (aufgeteilt auf zwei Beraterinnen). Eine Stundenaufstockung aus Eigenmitteln ist nicht möglich, weil der Caritasverband ohnehin mehr als die Hälfte der Kosten im Bereich der Schwangerenberatung selber trägt. Die Qualität der Beratung leidet unter der großen Anzahl der Ratsuchenden. Dadurch ist es schwer, die Frauen von Beginn der Schwangerschaft an zu beraten und zu begleiten. Es könnte den Frauen mit einer frühen Beratung viel Stress genommen werden. Trennung vom Partner, Angst vor der Zukunft mit dem Kind oder die finanzielle Ungewissheit – es sind unterschiedliche Themen, die Frauen in der Schwangerschaft sehr belasten können.

In Bremerhaven gibt es mit der Pro Familia Beratungsstelle nur eine weitere Schwangerenberatungsstelle – sehr wenig für eine Stadt mit rund 113.000 Einwohnern und über 1.100 Geburten pro Jahr. Auch bei Pro Familia ist der Terminkalender voll.

Was ist aber der Grund dafür, dass die Beratungsstelle der Caritas so besonders überlaufen ist? Als einzige Schwangerschaftsberatungsstelle in Bremerhaven können dort die Anträge an die „Bundesstiftung Mutter und Kind“ gestellt werden, die eine schnelle und unbürokratische Hilfe darstellen soll.

Die Bundesstiftung Mutter und Kind- Schutz des ungeborenen Lebens

Die „Bundesstiftung Mutter und Kind“ will schwangeren Frauen in Notlagen durch ergänzende finanzielle Hilfen, z. B. für die Erstausstattung des Kindes konkret und unbürokratisch helfen. Die Bundesregierung stellt dafür jährlich rund 92 Mio. Euro zur Verfügung. Die Zuschüsse werden nicht als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und andere Sozialleistungen angerechnet. Anträge können nur direkt in einer Schwangerschaftsberatungsstelle gestellt werden. Die Vermittlung der Stiftungsmittel dient dazu, besonders mit Frauen in prekären Lebenssituationen in Kontakt zu kommen, die sonst selten den Weg in eine Beratungsstelle finden. Da Bremen eines der wenigen Bundesländer ohne eine eigene Landesstiftung ist, übernehmen die Schwangerschaftsberatungsstellen die komplette Antragsbearbeitung und Mittelvergabe, was einen großen Verwaltungsaufwand darstellt. Er beinhaltet Berechnung der Einkommensgrenzen, Vergabe der Mittel, Ansprechen der Frauen, Überweisung des Geldes, Einfordern der Geburtsurkunden, die Statistik und Verwaltung der Stiftungsmittel.

Brandbrief der Caritas: Im September können keine weiteren notleidenden Schwangeren beraten werden.

Sina Dertwinkel, frauenpolitische Sprecherin (dertwinkel@cdu-bremen.de)

in Corona-Zeiten zu, besteht aber seit Längerem. In Bremerhaven sind nur zwei Beratungseinrichtungen für etwa 113.000 Einwohner zuständig – eigentlich dürften es nur 80.000 sein. Mangels Terminen können viele schwangere Frauen schon länger keine finanziellen Hilfen über die „Bundesstiftung Mutter und Kind“ beantragen. Erhielten 2017 noch knapp 600 Frauen Gelder aus der Bundesstiftung, so waren es 2019 nur noch 384 Schwangere. Daneben ist es vor allem die eigentlich gesetzlich garantierte psychosoziale Beratung und Begleitung, die für Schwangere in Notsituationen oftmals existentiell ist. „Schwangerenberatungs- und Schwangerenkonfliktberatungsstellen gehören zur kritischen Infrastruktur, sie sind systemrelevant!“, meint Dertwinkel. „Es geht hier um Frauen in Notlagen, denen per Gesetz und aus gutem Grund Unterstützung zugesichert worden ist.“

Senat lenkt ein

Die CDU-Fraktion fordert den Senat daraufhin per Dringlichkeitsantrag auf, seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und die 80-prozentige Förderung endlich sicherzustellen. In der Bürgerschaft kommt es Mitte November zur Debatte – und zu einem verfrühten Einlenken der Koalition. Nach Eingang des Antrags hatte das zuständige Ressort eine Abfrage nach einer auskömmlichen Anzahl von Beraterstellen in Bremerhaven durchgeführt und schließlich einen Änderungsbescheid über die Zuwendungen für die Schwangerenberatung erhoben. Der Caritas werden nun rückwirkend für 2020, aber auch für die Folgejahre die gesetzlich verankerten 80% der förderungsfähigen Kosten erstattet. Fazit von Sina Dertwinkel: „Wir sind froh, dass sich das Ressort endlich auf den Weg gemacht hat, um seiner gesetzlichen Pflicht nachzukommen. Schade allerdings, dass es dazu erst eines CDU-Antrags bedurfte!“

Ausguck:

4.2020

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 04 21 - 30 89 4 - 0
F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):
Alexa von Busse (Pressesprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
4.700 Exemplare

Art-Director:
Michael Swakowski

Fotos:
CDU-Bürgerschaftsfraktion,
Shutterstock,
Bremische Bürgerschaft

Texte:
Alexa von Busse

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG , Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Facebook:
CDU-Fraktion Land Bremen

Twitt er:
twitter.com/CDUFraktionHB

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C011814
FSC www.fsc.org

Aus der Fraktion

Frohe Weihnachten!

Es ist sein letztes Jahr als Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion: Thomas Röwekamp hatte bereits im Sommer seinen Rückzug aus der Bremer Landespolitik erklärt. Seitdem wurde viel spekuliert, nun ist das Ziel klar.

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Jahresende blicken wir nicht nur als Fraktion zurück auf das, was wir in diesem Jahr erreicht oder wofür wir gekämpft haben. In diesem Jahr ist alles anders. Für Sie, für uns als Opposition, aber auch für mich ganz persönlich. Nach dann vierzehn Jahren werde ich im nächsten Jahr nicht erneut als Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion kandidieren.

30 Jahre Bürgerschaft für die CDU Bremen finden dann für mich ihr Ende. In der Opposition genauso wie in der Regierungsverantwortung habe ich für unsere Partei immer wieder debattiert, gestritten, beantragt und wichtige Projekte für Bremen und Bremerhaven umgesetzt. Jetzt ist die CDU endlich zum ersten Mal die stärkste Fraktion im Parlament. Ein Ziel, für das wir lange zusammen gearbeitet haben. Sie alle haben mich geprägt, haben mich als Person und Politiker verändert. Und auch die CDU hat sich in dieser Zeit gewandelt und als moderne Großstadtpartei gut aufgestellt. Dankbar bin ich dafür, dass Sie diesen Weg ermöglicht und aktiv gestaltet haben.

Ich freue mich, dass wir auch inhaltlich und personell die stärkste Fraktion sind. Unsere Abgeordneten kritisieren den Senat, wo es nötig ist, und schlagen Alternativen vor, um unser Land voranzubringen. Ich bin mir sicher: Mit diesem Sachverstand und dieser Formation werden wir ab 2023 dann in Regierungsverantwortung übernehmen.

Ich habe meine Entscheidung, mit der Landespolitik aufzuhören, bewusst unabhängig von der Aufstellung unserer Partei für den Bundestag getroffen. Umso mehr freue ich mich über das Vertrauen des Landesvorstandes, die CDU Bremen in den Wahlkampf im Herbst 2021 zu führen. Das wird spannend. Immerhin stehen die Bundespartei und die Bundespolitik vor einem großen Umbruch. Ich möchte gern unsere in Bremen gesammelten Erfahrungen insbesondere in den Themen Wirtschaft, Energie und Klima sowie der Bildung und Forschung einbringen. Darüber hinaus liegt mir sehr am Herzen, dass wir insbesondere wegen der globalen Herausforderungen Europa nicht nur als Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch als Wertegemeinschaft verstehen.

Eigentlich wollten wir es als Familie nach unserem Umzug von Bremerhaven nach Bremen ruhiger angehen lassen. Denn 30 Jahre Bürgerschaft und der daneben ausgeübte Beruf als Rechtsanwalt und Notar haben meine Familie und auch mich sehr gefordert. Doch ich bleibe nun einmal ein durch und durch leidenschaftlicher Politiker und die CDU ist auch meine Familie. Es wird daher für uns alle ein spannendes neues Jahr werden.

Wo auch immer Sie jetzt sind: Überstehen Sie die nächsten Wochen gesund. Dieses Jahr hat uns auf die unterschiedlichsten Arten viel abverlangt. Ich wünsche Ihnen, dass Sie an diesem Weihnachtsfest die engste Familie, eine Freundin oder einen Freund um sich haben und ein paar besinnliche, fröhliche und ruhige Stunden verbringen können.

Frohe Weihnachten und ein besseres neues Jahr!
Ihr Thomas Röwekamp